

kurz&bündig

Wahlkreiszeitung von Karin Binder, MdB

DIE LINKE: friedlich, antifaschistisch & umweltbewusst!



Liebe Leserinnen und Leser,

ein halbherziger Atomausstieg, Panzerdeal mit Despoten, Abhörskandal... Hinter mir liegen einige heftige parlamentarische Wochen. Unsere Gesellschaft ist in Bewegung. Viele Themen haben ganz neue Bedeutung und ein anderes Gewicht bekommen.

Der Atomausstieg befördert endlich „Erneuerbaren Energien“. Die Konservativen einschließlich der Regierung müssen sich den damit verbundenen Fragen stellen. Sie tun es aber nur halbherzig und immer mit dem Blick auf die großen Konzerne. Baden-Württemberg fällt hier eine besondere Rolle zu. Die EnBW gehört mehr oder weniger dem Land und muss nun umgebaut werden vom Atomstromlieferanten zu einem Lieferanten für erneuerbare Energie. Das muss unter sozialen Gesichtspunkten geschehen. Deshalb haben wir im Bundestag auch die Wiedereinführung einer staatlichen Strompreisaufsicht gefordert, sowie ein Verbot für Stromsperrern zahlungsunfähiger Haushalte, einschließlich der Pflicht für die Energieunternehmen, Sozialtarife für einkommensschwache Kunden anzubieten.

Der Nahe Osten hat nicht nur meine Fraktion DIE LINKE enorm beschäftigt. Der ganze arabische Raum ist in Aufruhr und der Schwarz-Gelben Regierung fällt nichts besseres ein, als das Feuerchen noch ein bisschen mehr zu

schüren, indem sie 200 Panzer nach Saudi-Arabien liefern will. Hauptsache die deutsche Rüstungsindustrie verdient gut, was die Bürgerinnen und Bürger dazu meinen ist Frau Merkel egal.

Die Verletzung von Menschenrechten in anderen Ländern interessiert diese Regierung ebenso wenig wie die Verletzung von Bürgerrechten im eigenen Land. Fast ganz Dresden wurde zwei Tage lang abgehört, nur um zu verhindern dass sich couragierte Menschen üblen Verfassungsfeinden von rechts in den Weg stellen. In der Debatte um den „Großen Lauschangriff“ in Dresden schlugen Dummheit und Ignoranz Purzelbäume. Nicht nur die Frage, was denn eigentlich der Bundestag damit zu tun habe, das sei doch die Sache des Landes Sachsen, ist ein Beleg dafür. Dass hier ein offener Verfassungsbruch stattfand, unser Grundgesetz und Bürgerrechte massiv verletzt wurden, muss Konsequenzen haben. Aber wahrscheinlich wird es wieder ein Bauernopfer geben. Damit die wirklichen Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden, bedarf es noch reichlich Nachdruck aus der Opposition und Protest aus der Bevölkerung. Diesen gilt es zu organisieren. DIE LINKE wird ihren Anteil dazu beitragen. Ich hoffe, wir sehen uns.

Ihre/Eure

Karin Binder, MdB



Karin Binder

Seit 2005 bin ich Mitglied des Bundestags. In der Fraktion DIE LINKE bin ich Parlamentarische Geschäftsführerin und Mitglied im Ausschuss Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz. Vor meiner Abgeordnetentätigkeit habe ich lange Jahre als aktive Gewerkschafterin und Betriebsrätin gearbeitet. Zuletzt war ich hauptamtliche DGB-Regionsvorsitzende in Karlsruhe. Deshalb stehen für mich die Lebens- und Arbeitsbedingungen insbesondere der Menschen mit kleinen Einkommen im Mittelpunkt meiner Arbeit.

PLUSMINUS

+PLUS++++++

Die Griechen wehren sich: Hunderttausende gehen in Athen auf die Straße und zeigen ihrer Regierung, dass sie sich nicht verkaufen lassen. Skandalös ist, dass jetzt im Sozialbereich gespart wird, aber z.B. nicht beim Militär!

-MINUS-----

Atomausstieg erst 2022: Obwohl ein Atomausstieg wesentlich früher möglich gewesen wäre, einigen sich CDU, GRÜNE und SPD auf diesen späten Termin. Verbunden damit mehr Atommüll und mehr Gefahren.

Soziale, demokratische und ökologische Energiewende - Jetzt!

„Liebe Bundeskanzlerin, liebe SPD, liebe GRÜNE: Warum wollen Sie den Atomausstieg erst Ende 2022?“, fragt Gregor Gysi jüngst im Bundestag. Elf weitere Jahre Fukushima-Risiko können wir uns überhaupt nicht leisten, auch wenn die Bundesregierung behauptet, ein früherer Atomausstieg sei nicht möglich. Die Fachleute sagen etwas anderes: BUND sagt 2013. Professor Olav Hohmeyer, Mitglied des Sachverständigenrates für Umweltfragen der Bundesregierung, sagt 2014. Greenpeace sagt 2015. Das Öko-Institut Freiburg sagt 2015. Selbst das Umweltbundesamt, eine Behörde des Bundesumweltministeriums, spricht von 2017. Der Branchenverband der Energiewirtschaft sagt 2020.

Hinter dem Atomausstieg 2022 steckt der Wunsch, den vier Konzernen Eon, EnBW, RWE und Vattenfall noch elf Jahre lang hohe Profite mit dem Atomstrom zu ermöglichen. Fakt ist: Bei einem Atomausstieg im Jahr 2014 müsste kein einziger Haushalt, kein einziges Unternehmen ohne Licht leben. Wir müssen die Konsequenzen aus Fukushima ziehen. Die Antiatombewegung sieht das übrigens ganz genauso.

DIE LINKE ist für eine Verankerung des Atomausstiegs im Grundgesetz, nur dadurch wird er unumkehrbar. Denn dann müsste es, um zur Atomenergie zurückzukehren, eine Zweidrittelmehrheit im Bundestag und im Bundesrat geben. Diese würde sich nach Fukushima niemals mehr finden.

Der Atomausstieg muss untrennbar mit einer Energiewende verbunden werden. Im aktuellen Gesetzentwurf der Regierung steht aber zu den erneuerbaren Energien nichts Neues. Es gibt nicht eine einzige zusätzliche Fördermaßnahme. Wir müssen die Erzeugung erneuerbarer Energien aber viel stärker fördern, um aus der Atomenergie so schnell wie möglich aussteigen zu können.

Fakt ist aber auch, dass man die Allmacht der großen Stromkonzerne brechen muss. Diese haben in den letzten Jahren einen Profit von 100 Milliarden Euro gemacht. Sie werden für die Energiewende überhaupt nicht zur Kasse gebeten und zocken die Verbraucher weiter ab. Um das zu verhindern, fordert DIE LINKE mehr öffentliche Kontrolle in Bereichen wie Wasser, Bildung, Gesundheit und auch eben auch in der Energieversorgung.

Hier ein Beispiel, das deutlich macht, was für ein Unsinn herauskommen kann: Ein Alleinstehender, der in einer kleinen Mietwohnung lebt und wenig Strom verbraucht, zahlt pro Kilowattstunde mehr als jemand, der in einer Villa mit Swimmingpool wohnt. Diese Person verbraucht nämlich mehr. Wer mehr verbraucht, bekommt billigeren Strom. Das ist antiökologisch und wirklich sehr unklug. Um das zu verhindern gehören die Stromnetze in die öffentliche Hand. Die Energiewende muss sozial gestaltet werden. Das Erste, was die Regierung aber geregelt hat, ist: Die energieintensiven Industrien müssen die Kosten auf jeden Fall nicht tragen. Sie bekommen eine Entlastung von 1,2 Milliarden Euro. Das heißt mit anderen Worten: Die Bürgerinnen und Bürger und die kleinen Unternehmen müssen die Kosten tragen. Das akzeptieren wir nicht.

Heute haben wir die Situation, dass ein Hartz-IV-Empfänger im Durchschnitt 44 Euro im Monat für Strom ausgibt. Angerechnet werden aber nur 30,42 Euro. Auf diesen Betrag wurde der Regelsatz festgelegt. Jedes Jahr werden 800 000 Strom- und Gasversorgungssperrungen vorgenommen. Bei vielen Menschen wird dadurch Art. 1 Abs. 1 Satz 1 des Grundgesetzes verletzt. Die Würde des Menschen ist so nicht zu garantieren.



Karin Binder auf der Anti-Atom-Demo am 28. Mai

Persönliche Erklärung zur Abstimmung im Bundestag

Ich stimme dem 13. Gesetz zur Änderung des Atomgesetzes nicht zu. Ich stimme dagegen, weil ein zügigerer Ausstieg aus der Atomenergie machbar wäre.

Da jedoch die Regierung wirtschaftlichen Interessen der Kraftwerksbetreiber absoluten Vorrang einräumt, werden die Interessen der Menschen nach Gesundheit, Sicherheit und Nachhaltigkeit in den Hintergrund gedrängt. Spätestens mit den Katastrophen von Tschernobyl und Fukushima wurde deutlich, welches Erbe wir nachfolgenden Generationen hinterlassen. Jeder Tag längerer Laufzeiten für Kernkraftwerke, verlängert das Risiko und vermehrt die Hinterlassenschaften mit all ihren Risiken für viele Generationen.

Strom- und Gassperren sind zu verbieten. Dafür brauchen wir eine staatliche Strompreiskontrolle, wie es sie übrigens unter allen Unionsregierungen bis zur Großen Koalition gab. Nur dadurch kann die Allmacht der vier großen Stromkonzerne gebrochen werden.

Für DIE LINKE ist klar, es braucht eine soziale Energiewende, aber dazu muss man auch an die bisherigen wirtschaftlichen Strukturen der Energieversorgung in Deutschland ran.

**Karin Binder besucht das
Max-Rubner-Institut un Karlsruhe**

„Für Nano-Stoffe ist eine Nutzen-Risiko-Bewertung erforderlich!“

Die Bedeutung und Risiken der Nanotechnologie bei Lebensmitteln standen im Mittelpunkt des Besuchs im Max-Rubner-Instituts in Karlsruhe am 12. Juli 2011. Der Verbraucherschutz steht bei der Anwendung von Nanotechnologie durch die Lebensmittelindustrie noch ganz am Anfang. Das wurde bei einem Treffen mit Prof. Dr. Gerhard Reckemmer, Präsident der Forschungseinrichtung, deutlich. Derzeit fehlen geeignete Analyseverfahren, um mögliche Nanozusätze im Essen bestimmen zu können. Eine Bewertung von Nutzen und Risiken ist notwendig, aber nur möglich, wenn die winzigen Bestandteile von wenigen Milliardstel Meter

Größe verlässlich nachgewiesen werden können. Die Bundesregierung ist daher gefordert, dem Institut, das dem Bundesverbraucherministerium unterstellt ist, ausreichend Mittel zu Anschaffung geeigneter Mess- und Analysegeräte zu Verfügung zu stellen. "Es besteht ohne Frage ein hoher Bedarf für besseren Verbraucherschutz im Bereich der Nanotechnologie. Das muss sich auch in Haushaltszahlen ausdrücken", so Karin Binder. Die Verbraucherinnen und Verbraucher würden zurecht erwarten, dass Behörden und Wissenschaft die Frage nach den Risiken von Nanostoffen im Essen beantworten können.



Das Büro von Karin Binder hat ein Gutachten zu "Nutzen und Risiken der Nanotechnologie" erstellt. Es steht im Wahlkreisbüro oder unter www.karin-binder.de zur Verfügung.

Aktuelles: SPD lehnt Kostendeckelung bei S21 ab. LINKE und Grüne dafür

LINKE im Bundestag: Keine zusätzlichen finanziellen Mittel des Bundes oder der Bahn AG für Stuttgart 21

Mit diesem Antrag im Bundestag unterstützen wir den Bürgerprotests in Baden-Württemberg gegen das Projekt Stuttgart 21. Ein negativer Stresstest in Bezug auf die im Grün-Roten Koalitionsvertrag festgelegte Kostenobergrenze bedeutet nicht automatisch das finanzielle Ende für das Projekt Stuttgart 21, wenn der Bund und/oder die Bahn AG einspringen. Leider wurde dieser Antrag nur von den Grünen unterstützt und das obwohl mittlerweile bekannt wurde, dass die DB seit Jahren die zu erwartenden Kosten schön und nach unten rechnet.

Die grün-rote Koalitionsvereinbarung in Baden-Württemberg zwischen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD Baden-Württemberg sieht vor, dass – wenn der Stresstest für Stuttgart 21 Kosten über 4,5 Mrd. Euro ergibt – keine Landesmittel mehr für den Bau, die zur Überschreitung der

4,5-Milliarden- Grenze führen, zur Verfügung gestellt werden. Eine Überschreitung dieser Kostengrenze erscheint nicht nur der neuen grün-roten Koalition, sondern auch vielen Bürgern in Baden-Württemberg als unverhältnismäßig – unabhängig von der Finanzierungsquelle. Die Bundesregierung sollte den demokratischen Klärungsprozess zu Stuttgart 21 respektieren und deshalb keine Kosten über der 4,5-Milliarden-Grenze übernehmen.

Der Journalist Arno Luik berichtete Anfang April 2011 im Magazin „stern“ (15/2011) über ein „130 Seiten dickes Dossier“, verfasst von der Deutschen-Bahn-AG-Tochter DB Projektbau GmbH. Dieses liefert eine detaillierte Bestandsaufnahme der mit Stuttgart 21 verbundenen Risiken. 48 Positionen, die Risiken beschreiben, sind mit konkreten Beträgen der möglichen Mehrkosten verbunden. Die

hier aufgelisteten Positionen addieren sich auf Kosten in Höhe von 1,264 Mrd. Euro. „Bei den restlichen 73 Risiken werden keine möglichen Mehrkosten genannt. Experten, die das DB-Papier kennen, rechnen bei diesen 73 Positionen im schlechtesten Fall mit zusätzlichen Kosten in Höhe von zwei Milliarden Euro. Für den neuen Bahnhof müssten die Steuerzahler dann über sieben Milliarden Euro aufbringen“, so Arno Luik.

DIE LINKE bleibt dabei: Stuttgart ist ein Milliardenloch. Hier saniert sich die Bahn auf Kosten der BürgerInnen und einer sinnvollen und sozialen Verkehrspolitik in der Fläche.



LINKE-Aktionsseiten:

www.s21-stoppen.de

www.nachhaltig-links.de

Karin Binder unterstützt:



Deutschland ist der größte Rüstungsexporteur Europas und liegt hinter den USA und Russland weltweit an dritter Stelle der Waffenlieferanten. „Fachleute schätzen, dass allein durch Gewehre und Pistolen der Waffenschmiede Heckler & Koch weit mehr als eine Million Menschen ihr Leben verloren haben. Weitere Menschen sterben durch die vielen anderen waffenexportierenden deutschen Unternehmen.“

Mitmachen und Unterschreiben! Sich selbst und andere informieren, Mitglied werden im Aktionsbündnis und unterstützen unter www.aufschrei-waffenhandel.de

Quelle: Aktion Aufschrei



campact: Panzer-Export nach Saudi-Arabien stoppen!

Kanzlerin Merkel und Außenminister Westerwelle inszenieren sich gerne als Unterstützer der arabischen Demokratiebewegung. Doch hinter den Kulissen hätscheln sie die Diktatoren. „Letzte Woche erlaubten sie im Bundessicherheitsrat die Lieferung von 200 deutschen Leopard-Kampfpanzern an das saudische Regime – laut Hersteller optimiert auf „asymmetrische Kriegsführung und die Bekämpfung von Einzelpersonen“. „Das Königshaus unterdrückt brutal die eigene Bevölkerung und half erst vor wenigen Wochen die Demokratiebewegung in Bahrain blutig niederzuschlagen. Schon nächstes Jahr könnten Panzer „Made in Germany“ durch die Straßen Riads rollen.“

Fordern Sie von Merkel und Westerwelle den Stopp des Panzer-Deals! Unterschreiben unter www.campact.de

Quelle: campact

Beispielhafte Blutspende

199 Bundestagsabgeordnete und Mitarbeiter spendeten am 30. Juni knapp 100 Liter Blut für schwerkranke Patienten.

Auf Einladung von DRK-Präsident Dr. Rudolf Seiters folgten viele Bundestagsabgeordnete dem Aufruf zur Sonderblutspende im Bundestag. Für die 18. Blutspendeaktion im Reichstag übernahm der Bundesgesundheitsminister die Schirmherrschaft.

Prominente SpenderInnen – darunter auch unsere Karlsruher Abgeordnete Karin Binder – folgten gern dem Aufruf und sorgten mit ihrer Spende auch dafür, die Versorgung der Bevölkerung mit Blut in den kommenden Urlaubswochen abzusichern. „Ich spende Blut aus Überzeugung“, sagt Karin Binder. „Viele Menschenleben könnten gerettet werden



wenn noch mehr Menschen bereit wären, diesen kostbaren Saft zur Verfügung zu stellen. Niemand weiß ob man nicht selbst einmal in eine Situation kommt, in der man dringend eine solche Spende braucht. Aus diesem Grund habe ich auch einen Organspende-Ausweis und bin in der Knochenmark-Spenderdatei eingetragen“, sagt Karin Binder.

Blutspender sind Lebensretter, etwa 75 Millionen Blutspenden werden weltweit pro Jahr benötigt. Mit einer Blutspende kann bis zu drei Schwerkranken oder Verletzten geholfen werden. „Statistisch gesehen spenden jeden Tag ca. 15.000 SpenderInnen deutschlandweit ca. 7.500 Liter Blut für die

Versorgung in ihrer Heimatregion beim Deutschen Roten Kreuz.

Termine und Informationen zur DRK-Blutspende findet man unter www.blutspende.de

Kein Platz für Nazis

...nicht in Durlach, nicht in Karlsruhe, Nirgendwo!



Die Gefahr, in Durlach in der Badenerstr. 34 ein Nazizentrum zu errichten, ist für den Moment gebannt.

Das Gebäude ist seit kurzem einer anderen Nutzung zugeführt. „Der Widerstand der Bürgerinnen und Bürger, wie er Ende April 2008 in einer eindrucksvollen Vor-Ort-Demonstration gegen das geplante NPD-Zentrum in der Badener Straße 34 mit mehr als 600 TeilnehmerInnen verdeutlicht wurde, formierte sich sehr erfolgreich. Seit 2008 lagen in Durlach an verschiedenen Orten Unterschriftenlisten gegen das Nazizentrum aus. Die Bürgerinitiative „Kein Platz für Nazis“ in Durlach wird weiter aufmerksam die Aktivitäten der Rechtsextremen beobachten.“

Aktiv und für Unterstützung dankbar ist weiter die Aktionsgemeinschaft gegen Neonazis in Söllingen. Dort treffen sich weiter Neonazis in Rheinmünster-Söllingen bei Rastatt in den großen Räumlichkeiten des ehemaligen Gasthauses „Rössle“, dort haben im "Rössle" mehrere Konzerte, Schulungsveranstaltungen sowie mehrere Kameradschaftsabende, Liederabende und andere rechte Feiern stattgefunden.

„Deutsche Waffen, deutsches Geld morden mit in aller Welt!“

POSITION – Jan van Aken ist für DIE LINKE Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages.

Jedes Jahr verkauft Deutschland für mehrere Milliarden Euro Waffen und Rüstungsgüter in alle Welt – mehr als jedes andere Land in Europa. Es ist eine Legende, dass deutsche Rüstungsexporte besonders scharf kontrolliert werden – das Gegenteil ist der Fall. Deutsche Waffen werden direkt in Kriegsgebiete exportiert, selbst die größten Menschenrechtsverletzer bekommen noch deutsche Waffen frei Haus geliefert.

Und niemand kontrolliert den Endverbleib dieser Waffen. Die Empfängerländer sind nicht einmal verpflichtet, über den Verbleib der Waffen zu berichten. Kontrollen vor Ort finden nicht statt. Kein Mensch käme auf die Idee – ob nun bei Frittenbuden oder Atomkraftwerken – einer einmaligen Erklärung der Betreiber blind zu vertrauen und auf jegliche Kontrolle zu verzichten. Deswegen gilt leider immer noch, dass in Deutschland jede Frittenbude besser kontrolliert wird als Waffenexporte.

Fast jede deutsche Waffe wird in fast jedes Land der Welt exportiert. Auch die Länder des Nahen Ostens machen da keine Ausnahme. Die früheren Diktatoren in Tunesien und Ägypten wurden genauso beliefert wie Libyen, Jemen oder Bahrain.

Ein besonders schwerer Fall ist Saudi-Arabien. Die Bundesregierung selbst stellt in ihren Menschenrechtsberichten fest, dass dort Folter, Todesstrafe und grausame Strafen weit verbreitet sind. Frauen werden wesentliche Menschenrechte vorenthalten, Dissidenten werden inhaftiert, Geständnisse erzwungen, die Ausübung von

nichtmuslimischen Religionen ist verboten.

Trotzdem hat Deutschland von 2000 bis 2009 Rüstungsexporte im Wert von 675 Millionen Euro nach Saudi-Arabien genehmigt. Waffen, mit denen Saudi-Arabien aktiv Krieg führt. Fotos dokumentieren, dass saudische Militärs deutsche G36 Sturmgewehre im Jahr 2009 bei Kämpfen im Grenzgebiet zum Jemen eingesetzt haben. Die Saudis sind auch in Bahrain einmarschiert, um den Volksaufstand dort niederzuschlagen.

Selbst das hält die Bundesregierung nicht davon ab, sogar den Bau von Waffen- und Munitionsfabriken in Saudi-Arabien zu genehmigen. Das deutsche Rüstungsunternehmen Heckler & Koch GmbH hat eine Lizenz an Saudi-Arabien zur Produktion des neuen Sturmgewehres G36 vergeben und baut gegenwärtig eine Produktionsanlage für dieses Gewehr auf. Die Fabrik wird bald fertiggestellt sein und dann über Jahrzehnte diese Waffe produzieren können.

Diese Fabriken werden – ohne jede Kontrolle durch die Bundesregierung – über viele Jahrzehnte Waffen produzieren, die wiederum über viele Jahrzehnte in den Kriegen dieser Welt eingesetzt werden können. Noch in hundert Jahren werden Menschen mit deutsch-saudischen Sturmgewehren erschossen werden, weil die Bundesregierung jetzt diese fatale Entscheidung gefällt hat.

DIE LINKE im Bundestag hat jetzt 16 Anträge eingebracht, die die Rüstungsexporte in 16 Länder des Nahen und Mittleren Ostens verbieten sollen – von A wie

Algerien über I wie Israel bis zu V wie Vereinigte Arabische Emirate. Wir werden diese Anträge namentlich abstimmen lassen – denn jede und jeder Bundestagsabgeordnete soll persönlich dafür geradestehen, wenn Deutschland auch in Zukunft Waffen in diese Krisenregion exportiert.

Im Übrigen bin ich der Meinung, dass Deutschland gar keine Waffen mehr exportieren sollte. Es ist eine Schande, dass Deutschland immer noch Milliarden am tausendfachen Tod in anderen Ländern verdient. Die Bundesregierung sollte sofort ein Programm zur Rüstungskonversion auflegen, um Firmen bei der Umstellung auf eine friedliche Produktion zu unterstützen. Es sollte sofort eine echte Endverbleibskontrolle eingeführt werden. Die Vergabe von Lizenzen zum Bau von Waffenfabriken in anderen Ländern muss verboten werden. Zudem muss die Bundesregierung aufhören, Rüstungsexporte mit staatlichen Bürgschaften zu subventionieren. Allein in 2009 wurden Hermesbürgschaften in Höhe von 1,92 Milliarden Euro unter anderem für Rüstungsexporte nach Pakistan, Bangladesch und Libyen gewährt.

Ganz dringlich ist vor allem ein Verbot von Kleinwaffen-Exporten – denn an den so genannten Kleinwaffen wie Sturmgewehren oder Maschinenpistolen sterben weltweit die meisten Menschen in bewaffneten Konflikten.



Saudi-Arabien-Deal:
Kampfpanzer für ein autoritär regiertes Land, in dem die Menschenrechte mit Füßen getreten werden? **Wir sagen Nein!**

Finanzkrise: Die Menschen leiden und die Banken verdienen!?

www.linksfraktion.de
4. Juli 2011

INTERVIEW - Sahra Wagenknecht, wirtschaftspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, im Bundestag, über Konstruktionsdefizite des Euros, so genannte Hilfspakete, die Folgen der deutschen Exportindustrie und den Kampf gegen die Erpressung durch Finanzkonzerne.



www.linksfraktion.de: Griechenland steckt bis zum Hals im Schuldensumpf und in der Rezession. Portugal kämpft mit ähnlichen Problemen. Deutschland aber erlebt einen Aufschwung. Hängt das eine mit dem anderen zusammen?

Sahra Wagenknecht: Ja, sicher. Die deutschen Exportüberschüsse und die Schuldenberge in Griechenland, Portugal und anderen EU-Staaten sind zwei Seiten der selben Medaille. Das deutsche Kapital profitiert wie kein anderes vom europäischen Binnenmarkt und vom Euro.

Was ist schief gelaufen bei der Einführung des Euro?

Man hat in völliger Borniertheit die Finanzmärkte entfesselt. Statt sich auf Eckpunkte einer gemeinsamen Steuer-, Wirtschafts- und Sozialpolitik zu verständigen, wurde ein Dumpingwettlauf um die niedrigsten Unternehmenssteuern, Löhne und Sozialstandards in Gang gesetzt.

Wie hat die Politik Deutschlands im vergangenen Jahrzehnt dazu beigetragen, die Konstruktionsdefizite der europäischen Währungsunion zu verschärfen?

Mit Hartz IV und der Agenda 2010 hat Deutschland die Standortkonkurrenz in Europa angeheizt. Der Ausbau des Niedriglohnssektors hatte zur Folge, dass die deutschen Reallohne gesunken sind – im Gegensatz zu allen anderen Euro-Ländern.

Eine solche Wirtschaftspolitik spaltet und zerstört Europa.

Die Spardiktate für die Krisenstaaten sehen danach aus, als wolle die deutsche Bundesregierung eine Agenda 2010 für die ganze EU. Ein deutscher Euro-Nationalismus nach neoliberalen Strickmuster?

So kann man das ausdrücken. Merkel will in ganz Europa die Rente mit 67 und andere Grausamkeiten durchdrücken. Notwendig wäre es stattdessen, die Finanzierung der Staaten von den Diktaten der großen Finanzkonzerne zu befreien. Dafür brauchen wir eine öffentliche europäische Bank für Staatskredite, die die niedrigen Zinsen der EZB an die Staaten weitergibt, statt sich – wie die privaten Banken – an der Staatsverschuldung auch noch eine goldene Nase zu verdienen.

Das deutsche Wirtschaftsmodell konzentriert sich seit Jahren auf den Export. Könnte eine Verbesserung der Inlandsnachfrage in Deutschland die Situation entspannen?

Ja, denn höhere Löhne in Deutschland würden den Druck auf die Löhne in unseren Nachbarländern reduzieren. Außerdem könnten Griechenland oder Portugal mehr Waren in Deutschland verkaufen und so ihre Wirtschaft wieder auf Trab bringen.

Manche Menschen zweifeln, ob es angesichts der griechischen Schuldenkrise richtig ist, weitere Hilfspakete auf den Weg zu bringen. Manche würden am liebsten den Euro beerdigen. Was entgegenen Sie ihnen?

Die Kritik an den so genannten Hilfspaketen ist insofern berechtigt, als mit den Krediten nicht der griechischen Bevölkerung geholfen wird, sondern wieder einmal den Banken. Ob ein Austritt aus dem Euro für Griechenland Sinn macht, müssen die Griechen entscheiden. Ich glaube, dass das die Situation nur verschlimmern würde. Griechenland braucht keine neue Währung, sondern eine Entschuldung.

Wie wichtig ist europäische Solidarität für die finanzielle Stabilität und die soziale Sicherheit in Europa? Und was sind die wichtigsten Schritte auf dem Weg dorthin?

Nur europäische Solidarität kann verhindern, dass ein Land nach dem anderen von den Finanzkonzernen im Zusammenspiel mit EU und IWF erpresst, unterworfen und ausgeplündert wird. Daher müssen sich Gewerkschafter und Linke europaweit besser vernetzen. Die Kämpfe für eine Finanztransaktionssteuer und eine Vermögenssteuer sind erste Schritte in die richtige Richtung.

Quelle: Linksfraktion, 4.7.2011

foodwatch verleiht Ferrero den Goldenen Windbeutel 2011



117.688 Verbraucher haben online bei foodwatch über die dreiste Werbelüge des Jahres abgestimmt – und 43,5 Prozent der teilnehmenden VerbraucherInnen sahen in der Milch-Schnitte von Ferrero den unverschämtesten Fall von Etikettenschwindel. Die Milchschnitte wird als „leichte“ Zwischenmahlzeit beworben. „Schmeckt leicht. Belastet nicht. Ideal für zwischendurch“ wirbt Ferrero. In Wirklichkeit besteht die Milchschnitte zu je einem Drittel aus Fett und Zucker – und beinhaltet bei einem Nährwert pro 100 Gramm ganze 29,5 g Zucker und 27,9 g Fett – und bringt somit 420 kcal Brennwert auf die Waage... mehr als ein Stück Schoko-Sahnetorte, berichtet Foodwatch.

Foodwatch meint „auch wenn die Werbung etwas anderes suggeriert – Milch-Schnitte besteht zu fast 60 Prozent aus Fett und Zucker. Ferrero produziert schlichtweg Süßigkeiten. Die Werbekampagnen mit Spitzensportlern sind nichts als Ablenkungsmanöver“.

Neben der Milch-Schnitte standen Activia von Danone (33.981 Stimmen, 28,9%), Nimm2 von Storck (18.932 Stimmen, 16,1%), die Ferdi Fuchs Mini Würstchen von Stockmeyer (6.887 Stimmen, 5,9 %) und das Schlemmertöpfchen feine Gürkchen von Kühne (6.749 Stimmen, 5,7%) zur Wahl.

Näheres zum Goldenen Windbeutel unter: www.abgespeist.de

Buchvorstellung: Krise ohne Konflikt?

Im Frühjahr wurde in der Rosa-Luxemburg-Stiftung eine Studie vorgestellt, die erstmals seit 15 Jahren wieder die Frage von Krisenbewußtsein in den Belegschaften und den Konsequenzen für die gewerkschaftliche Interessenvertretung aufwirft. „In der größten Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit bleiben spektakuläre betriebliche Konflikte und medial wirksame Massenproteste der Beschäftigten aus. Sind die Belegschaften, trotz Lohnein-



bußen und sozialen Kürzungen, zufrieden mit der Politik der Bundesregierung? Oder fordern Fatalismus und Passivität ihren Tribut? „Ein Team aus WissenschaftlerInnen hat sich erstmals seit 15 Jahren mit dem Bewusstsein der Belegschaften beschäftigt.

Betriebsräte und gewerkschaftliche Vertrauensleute wurden nicht nur befragt wie sie die Krise wahrnehmen, sondern auch was sie von Gesellschaft, Politik, Betrieb und Gewerkschaft erwarten.

Das Buch ist erschienen im VSA-Verlag, ISBN 978-3-89965-453-0 für 12,80 Euro



Online-Schlichter: Eine gute Sache!

Was tun, wenn die online bestellte Ware bezahlt, aber dann nicht geliefert wird – und der Unternehmer auf Anfragen einfach nicht reagiert? Für solche Fälle gibt es in Baden-Württemberg eine Schlichtungsstelle – sie vermittelt zwischen Käufer und Verkäufer und setzt sich für eine außergerichtliche und schnelle Lösung der Streitigkeit ein. Die Schlichtungsstelle wird vom Ministerium für Ländlichen Raum, Ernährung und Verbraucherschutz Baden-Württemberg finanziert. Das Streit-schlichtungsverfahren funktioniert online und ist somit besonders zeit- und kostensparend.

Die Online-Schlichtungsstelle sucht nach einer einvernehmlichen Lösung zwischen Verbraucher und Unternehmen und unterbreitet einen Schlichtungsvorschlag, mit dem beide Parteien zufrieden sein können.

Der Online-Schlichter ist erreichbar unter:

*Online-Schlichter BW
c/o Zentrum für Europäischen Verbraucherschutz e. V
Bahnhofplatz 3
77694 Kehl
www.online-schlichter.de*

Linke Termine

23.7.2011 - 19 Uhr
LINKER Stammtisch
Karlsruhe-Stadt
 Walhalla, Augartenstr. 27,
 Karlsruhe-Südstadt

31.7.2011 - 10-12 Uhr
Parlamentarisches
Frühstück - Bericht aus
Berlin mit Karin Binder
 Wahlkreisbüro, Kreuzstr. 4,
 Karlsruhe

9.-14.8.2011
Europäische
attac-Sommerakademie
www.ena2011.eu
 Freiburg

19.9.2011 - 11-14 Uhr
Faire-Kaffee-Pause
 Einfach mal abschalten mit
 Kaffee und Kuchen aus fair
 gehandelter Herkunft.
 LINKSBÜRO,
 Greiffeneggring 2, Freiburg

20.9.2011 - 11-14 Uhr
Faire-Kaffee-Pause
 Einfach mal abschalten mit
 Kaffee und Kuchen aus fair
 gehandelter Herkunft.
 Wahlkreisbüro, Kreuzstr. 4,
 Karlsruhe

25.9.2011 - 10-12 Uhr
Parlamentarisches
Frühstück - Bericht aus
Berlin mit Karin Binder
 Wahlkreisbüro, Kreuzstr. 4,
 Karlsruhe

27.11.2011 - 10-12 Uhr
Parlamentarisches
Frühstück - Bericht aus
Berlin mit Karin Binder
 Wahlkreisbüro, Kreuzstr. 4,
 Karlsruhe

Weitere Termine unter
www.karin-binder.de

Wahlreisbüro Karlsruhe, Kreuzstr. 4



Ute Gsöls-Puhl

Tel: 072 1-3548575, Fax: 072 1-35489396
karin.binder@wk.bundestag.de

Anschrift: Wahlkreisbüro MdB Karin Binder,
 Kreuzstr. 4, 76133 Karlsruhe,
Öffnungszeiten:
Dienstag und Mittwoch 11-13 Uhr,
Donnerstag 14-16 Uhr.

So finden Sie uns!

Anfahrt:

Benutzen Sie ab Karlsruhe Haupt-
 bahnhof die Straßenbahn Richtung
 Innenstadt. Steigen Sie am Markt-
 platz aus. Das Büro befindet sich
 gegenüber vom Burger King. Der
 Eingang liegt im Hinterhof.



Bürgerbüro Freiburg, Greiffeneggring 2



Gregor Mohlberg

Tel: 076 1-29280730

freiburg@karin-binder.de



Anschrift: Bürgerbüro MdB Karin Binder,
 Greiffeneggring 2, 79098 Freiburg
Öffnungszeiten:
 Montag bis Mittwoch 11-15 Uhr

Alles über die Arbeit von Karin Binder: www.karin-binder.de

Thematische Newsletter: www.linksfraktion.de/newsletter

Videos: www.youtube.com/linksfraktion

Website der LINKEN in Karlsruhe: www.die-linke-karlsruhe.de

Mitglied werden: www.die-linke.de/mitgliedschaft/eintreten

Die Südwest-LINKE: www.die-linke-bw.de

Themenseite Nanotechnik: www.nanorisk.de

Sudoku

Sudoku, das beliebte Zahlenrätsel
 gibt es in jeder Ausgabe von
 kurz&bündig neu.

So geht's: Das Puzzle muss
 vervollständigt werden, dass...

- a) in jeder waagerechten Zeile,
- b) in jeder senkrechten Zeile und
- c) in jedem der neun Quadrate
 jede Ziffer von 1 bis 9 einmal
 auftaucht.

			2	4				
6				3	9		8	2
			6			7		
8	7						5	6
		1		2		9		
3		2					4	1
		5			2			
2	8		5	9				3
				6	3			